

SPIEGEL ONLINE - 22. Juni 2007, 19:05

URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,490237,00.html>

NEUE REGELN FÜR EMISSIONSHANDEL

Stromkonzerne drohen mit Preiserhöhungen

Die Zeit der Geschenke ist vorbei: Stromkonzerne müssen vom kommenden Jahr an einen Teil ihrer Rechte zum Ausstoß von Kohlendioxid ersteigern - bisher gab es die von der Bundesregierung gratis. Nun erklären die Unternehmen, dann müssten sie eben die Strompreise erhöhen.

Berlin - Umweltminister Sigmar Gabriel lobte das neue Zuteilungsgesetz. Effiziente Anlagen würden belohnt und "Dreckschleudern" belastet. Nach den heute vom Bundestag beschlossenen Regeln dürfen Industrie und Energiewirtschaft zwischen 2008 und 2012 statt heute 475 Millionen Tonnen jährlich nur noch 453 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Luft blasen. Damit würden die deutschen Ziele aus dem Kyoto-Protokoll bis 2012 erreicht, betonte Gabriel.



AP

Braunkohlenabbaugebiet bei Jackerath mit den RWE-Braunkohlenkraftwerken Neurath, Mitte, und Grevenbroich-Frimmersdorf: Union wollte Braunkohlekraftwerken mehr Zertifikate ausstellen

Allerdings blieb das Gesetz bis zuletzt so umstritten, dass bei der Union 29 und bei der SPD 15 Abgeordnete dagegen stimmten. FDP, Linke und Grüne votierten geschlossen mit Nein.

Parteiübergreifend gelobt wurde die Neuerung, dass die Konzerne einen Teil der Emissionsrechte künftig kaufen müssen - ab 2008 zunächst knapp neun Prozent der Gesamtmenge. Die Netto-Kosten für die Stromerzeuger schätzt Gabriel auf 400 Millionen Euro im Jahr. Sie sollen Klimaschutzprojekten im In- und Ausland zu Gute kommen.

Union und SPD warnten die Energiekonzerne davor, dies als Vorwand für Strompreiserhöhungen zu nehmen. Denn schon bislang sei der Wert der verschenkten Zertifikate als fiktive Kosten der Stromerzeugung "eingepreist" worden, sagte SPD-Fraktionsvizechef Ulrich Kelber. Die Unternehmen hätten von den Verbrauchern Milliardenbeträge eingestrichen. Auch der Verband VIK, der große industrielle Stromabnehmer vertritt, beklagte die erwartete unnötige Erhöhung der Strompreise.

RWE sieht Energiemix bedroht

Die Energiekonzerne RWE und Vattenfall betonten dennoch, sie rechneten mit Strompreissteigerungen. Sie begründeten dies allgemein mit der Ausgestaltung des Zuteilungsgesetzes. Mit dem Gesetz zum Emissionshandel entstehe eine Investitionsbremse, die steigende Strompreise und eine höhere Abhängigkeit von Energieimporten zur Folge habe, sagte Vattenfall-Vorstandschef Klaus Rauscher. Damit drohe auch eine Gefährdung des industriellen Kerns in Ostdeutschland. "Industrie- und klimapolitisch führt dieser Beschluss in eine Sackgasse." Vattenfall beziffert die Folgekosten auf rund 600 Millionen Euro im Jahr.

Die RWE wies noch einmal darauf hin, dass das Gesetz vor allem die heimische Braunkohle benachteilige. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Günter Reppien verwies darauf, dass in Deutschland noch über 50.000 Arbeitsplätze an der Braunkohle hingen. Die künftige Zuteilung der Zertifikate sei "ein Angriff auf den breiten Energiemix", den Deutschland derzeit habe. Durch die geplante Auktionierung werde es mittel- und langfristig zu einem höheren Strompreis kommen.

Union wollte mehr Rechte für Braunkohlewerke

Von der Opposition kam deutliche Kritik an anderen Details der Koalitionspläne. So bemängelte der FDP-Politiker Michael Kauch, dass die Einnahmen aus dem Verkauf nicht zur Senkung der Stromsteuer verwendet würden. Grünen und Linke monierten vor allem die ihrer Ansicht nach zu großzügige Ausstattung von Kohlekraftwerken mit Verschmutzungsrechten. Dies beklagten auch die Umweltgruppen WWF und BUND.

Die Union wollte hingegen vor allem Braunkohlekraftwerken noch mehr Zertifikate zustellen, wie CDU-Energieexpertin Katherina Reiche sagte. Die heimische Braunkohle sei ein wichtiger Beitrag zur Versorgungssicherheit. Dieser Kohlestreit steckt offenbar auch hinter den vielen Gegenstimmen aus der Koalition. Die CDU-geführte Regierung in Nordrhein-Westfalen hat deswegen bereits angekündigt, dass sie über den Bundesrat Nachbesserungen anstrebt.

Nach den neuen Regeln müssen Stromkonzerne erstmals für den normalen Betrieb von Braunkohlekraftwerken Zertifikate kaufen, weil die Zuteilung für den besonders klimaschädlichen Brennstoff nicht ausreicht. Allen Analysen zufolge blieben die Kraftwerke bis 2012 aber trotzdem wirtschaftlich, weil der Brennstoff selbst sehr billig sei, merkte SPD-Experte Frank Schwabe an.

Grundsätzlich regelt das verabschiedete Zuteilungsgesetz, wer von der Gesamtmenge von jährlich 453 Millionen Tonnen Kohlendioxid wie viel ausstoßen darf. Während die Industrie nur 1,5 Prozent Minderung erbringen muss, sind es für die Energieunternehmen rund 17 Prozent.

ase/AP/Dow Jones/dpa

© SPIEGEL ONLINE 2007

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH